

März 2010

Zeitung der DKP Hamburg-West

www.dkp-hamburg.de**Inhalt**

Seite 1- 2	Hamburg im Winter
Seite 2 - 4	Hartz IV Hau drauf
Seite 4	Wer wir sind, was wir wollen
Seite 5	Interview
Seite 6 - 7	Kulturre volution in HH Gymnasium for ever
Seite 8	Termine

Hamburg im Winter

Das Versagen des abgemagerten Staats

Der Winter hat Hamburg mit Schnee und Eis in seinem Griff gehabt. Nach heftigen Schneefällen wurden viele Gehsteige und Fahrradwege, aber auch kleinere Straßen nicht geräumt. Im Ergebnis bildeten sich aus dieser dicken Schneedecke stabile Eisplatten, auf denen vor allem Fußgänger und Radfahrer herumschlitterten.

Für **fast 2 Monate** lag Hamburg unter diesem Eispanzer, ohne dass sich die Situation ernsthaft verbesserte.

Keiner weiß, wie viele Menschen infolge eines Sturzes auf Glatteis verunglückt sind. Sicher ist jedoch, dass Krankenhäuser und Ärzte im Dauereinsatz waren.

Viele Menschen, die nicht so sicher auf den Beinen sind, waren in dieser langen Zeit an ihre Wohnung gefesselt.

Kein Versäumnis – das Chaos war vorprogrammiert

Der Großteil der öffentlichen Wege und Flächen fällt in die Zuständigkeit der Bezirke, die damit auch für die Schneeräumung zuständig sind.

Aus Spargründen sind die Winterräumdienste in den Bezirken an die billigsten privaten Anbieter ausgelagert worden. In den warmen Wintern konnten diese Firmen auch mit wenig Arbeit lukrative Einnahmen verbuchen. Aber jetzt stellte sich heraus, dass diese kleinen oder mittelständischen Firmen erwartungsgemäß für einen harten Winter nicht gerüstet waren.

Eine Vorsorge für solche Zeiten kostet Geld, und dies ist im Budget nicht mehr vorgesehen.

So blieb der Großteil der öffentlichen Wege und Flächen ungeräumt.

Diese Entwicklung kam nicht überraschend und ist durch die Umsetzung der Sparvorgaben des Senats vorprogrammiert gewesen.

Daseinsvorsorge – ein Hungerleider

Es ist ein Beispiel für die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, der Daseinsvorsorge. Wie bei Energie, Wasser, Nahverkehr und Krankenhäusern zeigt es sich, dass billig das Gegenteil von gut sein kann. Die Folgen sind:

Gewinne werden privatisiert und Verluste (hier die Folgen der Eiszeit) der Allgemeinheit aufgelastet!

Gefordert wird dieser schlanke Staat von Wirtschaftsinstituten und den neoliberalen Einheitspolitikern von CDU / FDP / SPD / Grünen, die den Staat kaputt hungern wollen, so dass er seine Aufgaben gegenüber den Bürgern nicht mehr wahrnehmen kann. Im Gegenzug ist der Staat aber nie klamm genug, um nicht Milliarden Euro in weltweiten Kriegseinsätzen, bei Bankenrettungen, kostspieligen Militärspielzeugen wie dem A400M-Militärtransporter oder den Hamburger Leuchtturmprojekten in HafenCity und Elbphilharmonie zu stecken. Ebenfalls ist Geld vorhanden, wenn es um eine Steuerreform für Hoteliers und Apotheker geht, und wahrscheinlich demnächst auch um den begüterten „Leistungsträger“ mehr Netto vom Brutto zu lassen.

Denn wer im Glashaus sitzt, ...

„Eigentum verpflichtet“ – so hat es schon das Grundgesetz festgelegt. Dies beinhaltet, dass die Grundeigentümer ebenfalls ihrer Räumspflicht nachkommen müssen. Während der „Eiszeit“ passierte hier kaum etwas von den Bezirken, um dies auch durchzusetzen.

ALG II-ler an die Schaufel ?

FDP, CDU oder SPD überlegen, ob ALG II-Empfänger .nicht Schnee schippen oder

Eis hacken sollen. Dies wäre eine sozial sinnvolle Aufgabe.

Doch dies ist heute schon Aufgabe von Beschäftigten der Stadtreinigung und anderer Betriebe.

Die Verweigerung von Arbeitgebern, Personal – und sei es nur kurzfristig – einzustellen, durch ALG II-Zwangsarbeiter zu unterlaufen, ist Arbeitsplatzvernichtung und unterstützt Lohndumping. Was ist an einem solchen Vorgehen sozial?



Massive Hetze gegen ALG II-Bezieher

Hartz IV - Hau drauf:

- **SPD: Straßen fegen**
- **CDU: Schnee schippen**
- **FDP: Eis hacken**

Hartz-IV-Bezieher sind wahlweise faul oder sie arbeiten schwarz und machen sich – auf Kosten der anderen – einen schönen Lenz. Diese Vorurteile gegen all diejenigen, die keinen Job haben und mit ein paar hundert Euro im Monat über die Runden kommen müssen, werden gezielt geschürt. Die mediale Dauerkampagne erreicht immer neue Höhepunkte. So, wie gewohnt, mit BILD „der faulste Arbeitslose Deutschlands“ Und das Propagandablatt des deutschen Kapitals legt ständig nach „Bin ich blöd, dass ich noch arbeite“ und ähnliches. Doch nicht nur dieses Schmier-

blatt bedient die Klischees. Die Süddeutsche Zeitung titelt „Missbrauch von Hartz IV nimmt zu. – im vergangenen Jahr 165.000 Straf- und Bußgeldverfahren eingeleitet.“ Und andere ziehen nach: Kirchenportal evangelisch.de: „Missbrauch bei Hartz IV“ Spiegel: „Falsche Angaben“ oder Focus: „Mehr Missbrauch.“

Und BILD legt nach: „Immer mehr Hartz-IV-Betrüger.“ Parallel dazu werden bezahlte Kommentatoren auf Internetplattformen „installiert“, um diesen Tenor bis zum individuellen Bürger durchzudrücken. Und natürlich lässt sich auch das Fernsehen

nicht lumpen: Typisches FDP-Klientel dürfen, unterstützt von den Westerwelles und Co., in Talkshows beinahe ungestört die Faulheit der Arbeitslosen beklagen. Passend dazu lässt auch Oberschlaumeier

Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts, via BILD von sich hören: „Wer auf dem Land wohnt, braucht weniger Hartz IV.“



Aber wie verhält es sich tatsächlich?

Die Leistungen nach Hartz IV berechnen sich aus einem fiktiven Warenkorb, der den Mindestanspruch von allem enthalten soll, was man zu einem Leben in Deutschland braucht.

Es geht um ganze 0,1 Prozent oder ein Promille Steigerung: Insgesamt haben 2009 im Jahresdurchschnitt 6,5 Millionen Menschen nach dem Sozialgesetzbuch II Anspruch auf die Grundsicherung (Hartz IV) gehabt. Bezogen auf diese Gesamtzahl hat die „Missbrauchsquote“ bei lediglich 1,9 Prozent gelegen – 2008 waren es 1,8 Prozent. Eine erstaunlich geringe Quote bei immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen. Dazu kommt, dass in diesen 1,9 Prozent noch etliche Ordnungswidrigkeiten, also geringfügige Verletzungen von Rechtsregeln, enthalten sind. Und eine hohe Anzahl von Verdachtsfällen, die von den Behörden noch nicht abschließend beurteilt sind.

Nun ist es keine Überraschung, dass diese schwarz-gelbe Bundesregierung ihren

Fokus auf die Ausnahme und nicht auf die Regel richtet. Diese Regierung sollte sich endlich mit ihrer Politik auf die 6,4 Millionen Menschen konzentrieren und ihnen endlich einen Weg aus Hartz IV und Armut ermöglichen.

Was ist Hartz IV-Betrug ?

Um Anspruch auf Hartz IV-Leistungen zu haben, müssen alle finanziellen Reserven des Betroffenen verbraucht sein, egal ob es für die Aufnahme einer Arbeit notwendig werden kann (z.B. ein Auto) oder es sich um Vorsorge für das eigene Alter handelt (minimaler Freibetrag). Jedes Geschenk z.B. zur Konfirmation muss gegenüber dem Amt angegeben werden.

Etwa 500000 Vollzeitbeschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland nehmen ihren Anspruch auf staatliche Unterstützung nicht wahr. Ihr Einkommen liegt trotz Erwerbsarbeit unter den Hartz IV-Leistungen. Der Stolz und die Scham der Betroffenen werden hier im Etat eingeplant.

In einem Land, in dem Millionen Arbeitsplätze fehlen, gibt es keine Initiativen der Regierung um Arbeitsplätze zu schaffen. Aber der Einsatz von ALG II-Empfängern in sozialen Bereichen wird angeregt, obwohl die Einführung der Ein-Euro-Jobs nachweislich hunderttausende Vollzeiterwerbstätige aus ihren Jobs verdrängt hat. Ohne Initiativen für neue Arbeitsplätze und eine Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung wird die Massenarbeitslosigkeit auf Dauer verfestigt. Dazu braucht es aber einer Veränderung der Politik hin zu den Interessen der Beschäftigten. Beim aktuellen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist dies aber Illusion.



Hätten die Hartz IV-Empfänger sich doch nur spendenfreudiger gezeigt!

Die FDP bleibt auf Krawallkurs.

Die FDP setzt ihre Kampagne gegen Hartz IV-Empfänger unvermindert fort. „Keine Leistung ohne Bereitschaft zur Gegenleistung“ – „Schärfere Sanktionen gegen Arbeitsunwillige“ – „materielle Sanktionen gegen Ausländer, die Sprach- oder Integrationskurse abbrechen“ und vieles mehr. Die FDP hatte die Gegenfinanzierung ihrer Wahlgeschenke an die Wirtschaft lt. Wahlprogramm ja schon durch Kürzung des ALG II-Regelsatzes um 30% fest eingeplant. Druck auf die Sozialsätze bedeutet auch Druck auf die Löhne – und das ist diese Partei ihrem Klientel schuldig. Die von der FDP angestrebte noch tiefere soziale Spaltung sowie der offene Rechtspopulismus werden schließlich vielen FDP-Stammwählern bei der kommenden NRW-Wahl gefallen.

Suppenküchen statt Mindestlöhne

Niemand widerspricht dem Motto: „Wer arbeitet soll mehr haben, als diejenigen, die nicht arbeiten“. Aber die FDP will dies demagogisch zu einer Absenkung der Hartz IV-Sätze unter die im Niedriglohnbereich gezahlten Hungerlöhne nutzen. Hier ist die FDP aber nur die Speerspitze des Angriffs. Die Koalitionäre sind sich in der Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns einig. (Die anderen EU-Staaten irren, Deutschland weiß es besser)

Auch die SPD hat sich daran als Regierung beteiligt, sie hat auf branchenbezogene Mindestlöhne gesetzt. Zufällig hat ihr Arbeitsministerium bei der Einführung des Mindestlohns für Postzusteller handwerkliche Fehler gemacht.



Interview mit Olaf Harms (Bezirksvorsitzender der DKP Hamburg, Abgeordneter in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte)

Steuergeschenke aus Berlin und Sparpolitik des schwarz-grünen Senats – wir wehren uns

Eimsbüttler Rot: *Wo werden die 1,2 Milliarden Euro gekürzt, wenn man die Bezirks- und Landesebene betrachtet?*

Olaf Harms: Auf beiden Ebenen sind drei Bereiche zu nennen. Erstens wird die Personaldecke der Bezirke ausgedünnt. Für die Bürger bedeutet das eine schlechtere Daseinsvorsorge. So fehlen im Gesundheitsamt Hamburg-Mitte bereits jetzt mehrere Fachärzte und werden voraussichtlich nicht nachbesetzt. Im zweiten Schritt wird versucht, mehr Geld einzutreiben. Dabei ist alles denkbar: höhere Park- und Verwaltungsgebühren oder mehr Essensgeld in Kitas und Schülerhorten – sogar für Hartz IV-Empfänger. Drittens werden mit dem Hamburger Sparpaket Leistungen gekürzt. Der schwarz-grüne Senat hat die Garantie auf einen Kita-Platz ab einem Alter von zwei Jahren zurückgestellt. In der Sozialbehörde sollen freiwillige soziale Leistungen der Stadt gestrichen werden. Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU) hat sogar öffentlich zum Rechtsbruch aufgerufen. So wolle die Behörde gesetzliche Leistungen kürzen, in der Hoffnung, dass die Betroffenen vor einer Klage zurückschauen.

ER: *Als Hauptursache für das Hamburger Sparpaket gilt die Anfang Januar in Kraft getretene Steuersenkung der schwarz-gelben Koalition.*

Olaf Harms: Die Mövenpick-Spenden an FDP und CSU haben sich mehr als hundertfach gerechnet. So bedeuten die zwei Hotelier-Millionen, dass alleine in Hamburg 300 Millionen Euro Mehrwertsteuer wegbrechen. Die Steuersenkung der Bundesregierung führt zu weiteren Steuerausfällen. Trotz Sparkurs muss Hamburg zusätzliche Kredite aufnehmen. Der Hamburger Senat greift dabei auf einen Haushaltstrick

zurück. Er verschiebt die Schulden in ein Sondervermögen. Auch die Bundesregierung hat solche Schattenhaushalte gegründet, etwa zur Bankenrettung. Über Hamburgs Haushalt schwebt zudem noch das Damoklesschwert der kriselnden HSH-Nordbank.

ER: *Welche Probleme lasten außerdem auf den Bürgern?*

Olaf Harms: Mir fallen dazu drei Dinge ein. Wenn der Staat Personal abbaut, entfällt für die Bürger dringend benötigte Beratung. Die Betroffenen müssen aber ihre Rechte in Anspruch nehmen können. Deshalb muss die DKP – wie in den 70er und 80er Jahren – wieder Sozialberatung anbieten. Zweitens gilt es, jedes Aufbegehren, jeden Widerstand aufzugreifen und mit all unseren Partnern in Bewegung umzumünzen. Und schließlich haben wir Kommunisten eine originäre Aufgabe: wir müssen vermitteln, dass – über kurzfristige Linderung hinaus – eine langfristige Lösung unserer Probleme mit dem Kapitalismus nicht geht. Sein krisenhaftes Wesen wird uns immer wieder auf die heutige Situation zurückwerfen.



Die DKP Hamburg bietet in Kürze Sozialberatungen im Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee 72 an. Termine können werktags von 16.00 – 20.00 telefonisch (040 / 480 4900) vereinbart werden.

Kulturrevolution in Hamburg

Gymnasium for ever: Die Privilegien sollen gesichert bleiben

Die Initiative »Wir wollen Lernen« (WWL) läuft Sturm gegen das verabschiedete Hamburger Schulgesetz. Zulauf erhält sie vor allem in den Elbvororten und Walddörfern. Die Springerpresse und Prominente geben Schützenhilfe. Getragen wird sie von den Gutbetuchten, die stürmisch für die Zementierung der Bildungsprivilegien zugunsten ihres Nachwuchses streiten.

Mit einem Volksentscheid wollen sie das ungeliebte Gesetz kippen. Die Hürden hierfür haben sie genommen.

Was ist geschehen? Die Hamburger Bürgerschaft hat – jetzt mit Zustimmung aller Fraktionen – die Einführung der Primarschule bis zur sechsten Klasse beschlossen. Nachgebessert wurde die Wiedereinführung des Elternwahlrechts für die Schulauswahl nach Klasse 6. Hier soll es die Wahl zwischen Gymnasium und Stadtteilschule (Ersatz für Haupt-, Real- und Gesamtschule) geben (Dies war das zentrale Werbeargument der Initiative, um die notwendigen Unterschriften für den Volksentscheid zusammenzubekommen). Auf Druck der LINKEN wurden auch die Abschaffung des Büchergeldes und die Senkung der Klassenfrequenzen in „Problemgebieten“ im Gesetz verankert.

Alle internationalen Erfahrungen (PISA) stellen fest, dass gemeinsames Lernen bessere Erfolge als das gesplante deutsche Bildungssystem vorweisen kann. Dies gilt sowohl für leistungsstarke als auch bildungsschwächere Kinder. Die Studien belegen, dass in kaum einem anderen Land die soziale Herkunft so sehr den Bildungsweg vorbestimmt. Aus diesen Erkenntnissen heraus engagiert sich bundesweit die Initiative „Schule für Alle“ für ein gemeinsames Lernen in den ersten 10 Schuljahren.

Mit dem kleinen Hamburger Schritt in diese Richtung sorgt diese »Schulreform light« bei den Gutbetuchten für stürmi-

schen Protest. Deren Initiative WWL will die Primarschule bis zur 6.Klasse komplett kippen.

Initiator der elitären Kampagne ist Hobby-Pädagoge Dr. Walter Scheuerl, seines Zeichens Rechtsanwalt bei der Großkanzlei Graf von Westphalen aus Blankenese und Elternsprecher an einem Hamburger Gymnasium. An die Stelle einer fundierten kritischen Auseinandersetzung bspw. mit dem Für und Wider der Sortierung von Kindern auf verschiedene Schulformen, setzen die wohlbetuchten Macher Geld. Extra für die Kampagne wurde die Firma "Frank Solms Nebelung Consulting" engagiert, ihres Zeichens „Gesellschaft für Krisen- und Veränderungskommunikation“, und ein Kampagnenbüro in bester Innenstadtlage eröffnet. Mit einem Volksbegehren als demokratisches Engagement der Bevölkerung hat das nur wenig zu tun.

Obwohl das Bildungsprivileg nur angekratzt wird, verteidigt die „Elite“ ihr Bildungsprivileg verbissen. Bessere Bildungschancen für den eigenen Nachwuchs halten für diese unerwünschte Konkurrenz im Gerangel um die Fleischtöpfe ab.

Da beschwört die Initiative die Abschaffung der humanistischen Bildung, die Zerstörung des Gymnasiums wird befürchtet, der CDU-Bürgermeister als Anführer einer linken Volksfront bezeichnet.

Die Auseinandersetzung nimmt Züge eines Kulturkampfes der „da oben“ gegen die „da unten“ an!

Da finden sich Kommunisten plötzlich in ungewohnter Gesellschaft, wenn Bürgermeister Ole von Beust eine betuchte Elite kritisiert, die nur an ihre eigenen Kinder denkt.



Wir sagen Nein zum Volksbegehren „Wir wollen lernen“

Nein zum Klassenkampf von Oben



Trotz eines Schritts in die richtige Richtung hin zu einer Schule für Alle haben wir Skepsis am Reformwillen der Koalition.

Aus der Stellungnahme der Initiative „Eine Schule für Alle“ zum neuen Hamburger Schulgesetz:



Weitere Informationen unter:
<http://www.eineschule.de/>

Vergessen sind nicht die Sparorgien der Vergangenheit an den Schulen z.B. bei der Schulverwaltungsreform oder dem Abitur mit 12 Jahren.

Verändert wird im ersten Schritt eine organisatorische Struktur. Der praktische Erfolg hängt aber entscheidend von der Ausstattung der Schulen ab. Während die Gymnasien auf die Unterstützung der (betuchten) Eltern zurückgreifen können, sind die Stadtteilschulen auf die öffentliche Unterstützung angewiesen.

Nur entsprechende Ausstattung, die Senkung der Klassengrößen, mehr Lehrpersonal an die Schulen können an der Bildungsmisere etwas verändern. Die breite Einführung der Ganztagschule ist eine Voraussetzung, der sozialen Herkunft nicht die Entscheidung über die Zukunft der Kinder zu überlassen.

Nicht stehen bleiben: Für eine Schule für Alle

Die DKP erstellt hierzu eine ausführliche Dokumentation, die bei uns bestellt werden kann.

„... Aber ist das wirklich die Lösung? Oder bleibt im Kern nicht alles beim Alten?“

Zwei Schulen, zwei Klassen

Die Probleme unserer Schulen werden dadurch nicht gelöst. Die Ungleichheit der Bildungschancen bleibt bestehen. Kinder aus sozial benachteiligten Familien bleiben zu oft »zweite Klasse«. Die Begabungen der Kinder werden nicht ausgeschöpft, sie können ihre Leistungsfähigkeit nicht entfalten.

Die Lösung

Wir sind überzeugt: Eine Schule für alle ist gerechter, leistungsfähiger und zeitgemäßer. Und sie ist machbar: Wir müssen nur in unsere erfolgreichen Nachbarländer schauen. Dort gibt es nur Schulen für Alle.“

Termine:

Ostermontag, den 05.04.2010

**HAMBURGER
OSTERMARSCH****Für eine Welt ohne Atomwaffen!
NATO raus aus Afghanistan!**

12.00 Uhr Auftaktkundgebung
an der Friedenskirche, Otzenstr. Altona
14.00 Uhr Friedensfest auf dem
Großneumarkt

Montag, den 12.04.10 ab 19.00 Uhr im
DKP-Zentrum Lindenallee 72:
(Marxistischer) Bildungsabend der DKP-
Gruppe HH-West zu:
Akkumulation des Kapitals

Samstag, den 24.04.10 11 – 14.00 Uhr
Infotisch der DKP-Gruppe Hamburg-West
An der Ecke Osterstr./ Heußweg

Montag, den 26.04. ab 19.00 Uhr im
DKP-Zentrum Lindenallee 72:
trifft sich die DKP-Gruppe HH-West
wieder



UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**Jetzt 10
Wochen
testen!**

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“
für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig
mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von _____ Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Alter _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

IMPRESSUM und Kontakt

Eimsbüttler Rot – Zeitung der DKP-Gruppe Hamburg-West

V.i.S.d.P.: Oskar Mathießen, Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Telefon 040 / 480 4900